

## So teuer leben Militärattachés

Für die Dienstwohnungen in Paris, New Delhi und Moskau bezahlt der Bund am meisten

Der Nutzen der Verteidigungsattachés ist schon lange umstritten. Nun reagiert der Bund und schliesst aus Kostengründen Posten im Ausland.

VON ALAN CASSIDY

Die Armee ist unter Kostendruck: Seit seinem Amtsantritt klagt Verteidigungsminister Ueli Maurer regelmässig über fehlende Mittel. Dabei leistet sich das Verteidigungsdepartement (VBS) weiterhin ein umfangreiches Netz an Militärattachés, die in 19 verschiedenen Hauptstädten in luxuriösen Dienstwohnungen residieren. Wie viel diese Wohnungen kosten, hielt der Bund bis anhin unter Verschluss – und machte dafür wohlweise Sicherheitsgründe oder aber Neid und Missgunst geltend, den die Zahlen erwecken könnten.

**NUN LIEGEN ERSTMALS** genaue Angaben vor. Eine Liste der Dienstwohnungen, die der «Sonntag» vom Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhielt, zeigt: Für die Residenzen der Attachés bezahlt der Bund jährlich über eine Million Franken an Mietkosten. Am teuersten wohnt der Schweizer Militärattaché in Paris: Seine Residenz kostet jährlich 126 000 Franken, was einer Monatsmiete von 10 500 Franken entspricht. Auch die Miete für die Dienstwohnung des Attachés im indischen New Delhi fällt mit umgerechnet 9600 Franken fürstlich aus. Nur unwesentlich günstiger lebt der Attaché in Moskau. Für dessen Residenz setzt der Bund monatlich 8800 Franken ein. Die durchschnittliche Monatsmiete über alle Länder hinweg beträgt rund 5000 Franken. Das VBS schreibt dazu: «Die Mieten orientieren sich an den aktuellen Marktbedingungen vor Ort.»

**DIE ATTACHÉS HABEN** die Aufgabe, im Ausland sicherheitspolitisch relevante Informationen zu besorgen sowie politische und militärische Kontakte zu pflegen. Dazu gehört zumindest inoffiziell auch die Ermöglichung von Rüstungs-Deals. Eine wichtige Rolle spielen repräsentative Pflichten wie der Auftritt an Empfängen.

Entsprechend luxuriös kommen die Residenzen der Attachés daher: Eine Dienstwohnung weist gemäss BBL rund 330 Quadratmeter auf. Dazu gehören «re-



Fussballstimmung in Kiew: Die Schweizer Vertretung in der ukrainischen Hauptstadt wurde geschlossen.

KEYSTONE

### DIENSTWOHNUNGEN DER MILITÄRATTACHÉS

Mietwohnungen	Jahresmiete
Paris	126 000
New Delhi	115 300
Moskau	105 600
Rom	80 000
Abu Dhabi	78 000
Wien	70 000
Madrid	65 000
Berlin	54 400
Peking	48 500
Jakarta	48 000
Kairo	44 500
Belgrad	43 000
Sarajewo	40 000
Ankara	35 000
Amman	25 000
Islamabad	25 000

Eigentumswohnungen	Kaufpreis
Stockholm	1 710 000
Washington	1 400 000
London	560 000

präsentative Räumlichkeiten» wie Esszimmer und Salon sowie private Räume. Die Wohnauslagen machen rund ein Zehntel der insgesamt 11 Millionen Franken aus, die der Bund 2011 für das Netz der Attachés ausgab.

Wie viel der Steuerzahler für diese Ausgaben erhält, ist politisch schon länger umstritten. In den vergangenen Jahren dienten die Auslandvertretungen immer wieder auch als Auffangbecken für altgediente Militärs, deren Karriere man in entfernten Hauptstädten ausklingen liess – bei einem Jahreslohn von bis zu 173 000 Franken. Manche finden daneben sogar noch Zeit für andere Tätigkeiten: Der frühere Attaché in Stockholm etwa sass von 2004 bis 2008 auch im Kantonsparlament von St. Gallen.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats übte 2006 heftige Kritik am System: Das Netz von Attachés, das nach dem Zweiten Weltkrieg

aufgebaut wurde, entspreche aufgrund seiner Grösse «überhaupt nicht dem Gewicht unseres Landes im Bereich der Sicherheitspolitik». Der Nutzen der Verteidigungsattachés sei nur schwer nachvollziehbar.

Viele Informationen, die von den Attachés im Ausland besorgt würden, liessen sich mit den heutigen Kommunikationstechnologien genau so gut aus Bern beschaffen.

**ZUMINDEST DIE ZAHL** der Attachés hat sich seit der Kritik der GPK nicht gross verändert: Sie stieg von 17 Vertretern im Jahr 2006 auf 20 im Jahr 2011. Wie nun aber das VBS bestätigt, werden dieses Jahr drei Posten «aus Kostengründen» aufgehoben: Ende Juli schliesst die Vertretung in Jakarta, Ende Dezember jene in Sarajewo, die erst 2008 eröffnet wurde. Bereits Ende März wurde der Posten in Kiew geräumt. Durch die Schliessungen spart der Bund rund 1,5 Millionen Franken.

«Der Nutzen der Verteidigungsattachés ist nur schwer nachvollziehbar.»

GPK DES NATIONALRATS

## Ausstieg aus Gripen? «Undenkbar»

Verteidigungsminister Ueli Maurer will nur den schwedischen Kampffjet Gripen

VON OTHMAR VON MATT

Das Lobbying war offensichtlich. Am Rande der Session sprach Armeechef André Blattmann intensiv mit Freisinnigen. Vor allem mit FDP-Präsident Philipp Müller. Dieser hatte sich gegen den Kampffjet Gripen und für Verhandlungen mit Deutschland (Eurofighter) und Frankreich (Rafale) ausgesprochen.

Das 4-Augen-Gespräch war allerdings bereits vor mehreren Wochen angesetzt worden. Und es drehte sich nur am Rand um den Gripen. Obwohl unter Parlamentariern Gerüchte kursieren, im Verteidigungsministerium (VBS) würden hinter den Kulissen Exit-Strategien entwickelt, um allenfalls aus dem Gripen-Geschäft aussteigen zu können.

Das dementieren Verteidigungsminister Ueli Maurer und Armeechef Blattmann gegenüber dem «Sonntag» entschieden. «Das ist absoluter Blödsinn», betont Maurer. «Solche Exit-Strategien existieren nicht.» Blattmann sagt dazu ein einziges Wort: «Undenkbar.» Die Gri-

pen-Beschaffung sei «ein Schlüsselgeschäft», so der Armeechef. «Wir können nicht jahrelang daran arbeiten, ein Ziel zu erreichen, und gleichzeitig Ausstiegsstrategien planen. Das hat mit Glaubwürdigkeit zu tun. Dieses Geschäft ziehen wir durch.»

**MAURER UND BLATTMANN** treiben den Kauf entschieden voran, selbst wenn der Bericht der Subkommission der sicherheitspolitischen Kommission (SiK) noch nicht vorliegt. Am 29. Juni werden Maurer und seine schwedische Ministerkollegin Karin Enström eine «Declaration of Intent» unterzeichnen.

Darauf angesprochen, dass das in der Subkommission Stirnrundeln auslöste, sagt Bundesrat Maurer: «Die Verhandlungen mit Schweden sind das eine. Diese müssen wir so oder so führen und abschliessen. Kommen dann von der Subkommission her noch Fragen, müssen wir sie klären. Aber wir können deswegen ja nicht alles in der Luft hängen lassen.»

Maurers künftiger Fahrplan ist klar. Zuerst wird die «Declaration of Intent» unterzeichnet, in welcher die Felder abgesteckt werden, in denen man mit Schweden kooperieren will. Wie zum Beispiel bei Ausbildung und Peacekeeping. Nach den Sommerferien folgt das Framework-Abkommen, in denen die Rahmenbedingungen für die Gripen-Beschaffung selbst definiert werden. Und dann ist der Bundesrat am Zug. «Im Herbst bringen wir die Rüstungsbotschaft zusammen mit dem Fondsgesetz», sagt Maurer – und betont: «Nach den Sommerferien sind alle Details und Fragen geklärt. Auch Ihre.»

**DAMIT INDISKRETIONEN** in der Zwischenzeit keine neuen Gripen-Debatten auslösen, hat der Verteidigungsminister Massnahmen ergriffen. «Das Projekt läuft weiter, alle sind weiterhin beteiligt», sagt Maurer. «Wir haben aber den Verteiler für Dokumente eingeschränkt: Es erhalten nicht mehr alle sämtliche Daten.»

Armeechef Blattmann sagt, dass Schweden mit dem neuen Kampffjet vorwärts mache. Markus Gygax, der Luftwaffenchef, sei vor kurzem in Schweden gewesen. Blattmann: «Um sich die Fortschritte anzusehen. Der Gripen E/F ist auf gutem Weg.»

Zudem hätten Übungen in Norwegen Vergleiche aller Kampffjets – Gripen, Eurofighter und Rafale – möglich gemacht. «Da zeigte sich: Der Gripen ist das richtige Flugzeug für uns. Er ist bezahlbar, und der Gripen C/D ist im Unterhalt vergleichbar mit dem F/A-18.» Zudem lägen die Betriebskosten für den Gripen «deutlich tiefer als jene der Konkurrenz».

**MIT IHREN** unmissverständlichen Aussagen machen Verteidigungsminister Maurer und Armeechef Blattmann eines klar: Entweder stimmen Regierung und Parlament dem Gripen-Kauf zu – oder es gibt keinen neuen Kampffjet. «Ja», sagt Maurer dazu. «Aufgrund der Budgetvorgaben ist das die Realität.»

### BUNDESPLATZ



Am Dienstag kommt es in der CVP im Anschluss an die Fraktionsitzung zu einem grösseren Fest. Der Grund: Die Fraktion hat zwei Jubiläre in den Reihen, die zwei runde Geburtstage feiern. Die Walliser Nationalrätin **Viola Amherd**, Vize-Fraktionspräsidentin, ist am 7. Juni 50 Jahre alt geworden. Und der St. Galler Nationalrat **Jakob Büchler** war am 29. Mai 60 Jahre alt geworden. Ein echtes CVP-Jubiläumstraumpaar wird da gefeiert.

Apropos Traumpaar: Eine Liebeserklärung der besonderen Art setzte SVP-Nationalrätin **Natalie Rickli** diese Woche via Twitter ab – an SP-Nationalrat **Cédric Wermuth**. «Was ich an @cedricwermuth schätze: Er steht zu seiner Meinung und ändert sie nicht je nach Publikum», schrieb Rickli vom Swiss Economic Forum in Interlaken. Wenn wir nicht wüssten, dass Rickli in festen Händen ist, würden wir ein neues parteiübergreifendes Traumpaar ausrufen.

Ständeratspräsident **Hans Altherr** (FDP) liess diese Woche die Fahne seines Heimatkantons Appenzell Ausserrhodens im Ständeratssaal aufstellen – und kündigte an: «Sollte es aus ihrem Saal auf allzu grosse Opposition stossen, würde ich die Fahne wieder entfernen lassen.» Er spielte damit auf das unzüchtige, grosse rote Glied an, das beim Appenzeller Bär zwischen den Hinterbeinen hervorlugt. Die Ständeräte liessen sich davon aber nicht aus der Ruhe bringen.

### ECHO AUF «SONNTAG»-NEWS

«Nachdem die Post den Abbau von 250 Stellen bei Post Logistics bekannt gegeben hat, kündigt Postchef **Jürg Bucher** neue Sparmassnahmen an. In der Zentrale müssten dieses Jahr 30 Millionen Franken gespart werden, sagte er der Zeitung «Der Sonntag». Ohne Stellenabbau werde das nicht gehen.» «Der Bund»

«Die Kantone Aargau und Thurgau stellen ihren Archäologen Budgets im Bereich von 3 Millionen Franken zur Verfügung, in St. Gallen und Solothurn ist es viel weniger. All diese Zahlen gehen aus einer Umfrage hervor, die «Der Sonntag» veröffentlicht hat.» «Berner Zeitung»

«Scientology will noch 2012 in Basel eine neue Kirche eröffnen, berichtet der «Sonntag». Vor einem Jahr hätten zwei Scientologen dafür eine rund 4000 Quadratmeter grosse Parzelle nahe der französischen Grenze gekauft.» «Basler Zeitung»

«Eine Woche später legte Ex-UBS- und Ex-CS-Chef **Oswald Grübel** in der Zeitung «Der Sonntag» nach. Er liess die Leser wissen, dass die Nationalbank den Wechselkurs nicht beliebig lange fixieren könne.» «Weltwoche»